

Grenzschutzes über die heimtückischen Überfälle ist im Westen. Er hat sich bisher damit begnügt, einbrechenden Bänden nur auf den eigenen Gebieten zu bekämpfen. Auf die Dauer kann aber eine solche Zurückhaltung von unseren Truppen nicht verlangt werden.

Der Frieden mit Österreich.

Kein Anchluss an Deutschland.

Die Überreichung des Friedensvertrages der Entente an den österreichischen Staatskanzler Dr. Renner erfolgte in St. Germain durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta.

Republik Österreich.

Gegenüber der Fassung des Friedensvertrages vom 20. Juli sind einzelne Änderungen getroffen. Bestehen bleibt die Anerkennung Deutsch-Österreichs unter dem Namen „Republik Österreich“. Bezüglich der Grenzbestimmungen wurde den nachdrücklichen Gegenvorstellungen der Friedensdelegation nicht Rechnung getragen. Eine Änderung wurde nur insofern zugestanden, als die Stadt Radkersburg und die am linken Murufer gelegene Gemeinde Steiermark bei Deutsch-Österreich bleiben. Westungarn bleibt ohne Volksabstimmung in der schon bekannten Abgrenzung Deutsch-Österreich zugesprochen, weil der Volkscharakter und das Nationalempfinden den Anschluss unzweifelhaft erheischen.

Einige redaktionelle Änderungen sind bei den Staatsbürgerrechten getroffen, um größere Klarheit zu bringen. In den Vorschriften über den Minoritätenschutz sind die direkten Forderungen gegen die bisherigen Verfassungsvorschriften weggeblieben.

Nach den militärischen Bestimmungen wird an der Verpflichtung zur Haltung eines Söldnerheeres und zur Abschaffung jeder obligatorischen Wehrpflicht festgehalten. Die Herstellung von Jagdwaffen wird freigegeben. Die Verpflichtung zur Ablieferung, Zerstückung, Entwaffnung, sowie zu einer bestimmten Art der Behandlung und Benutzung von Seeschiffahrtsartikeln wird auf jene Artikel beschränkt, die sich auf deutsch-österreichischem Gebiet befinden.

Der Völkerbund bestimmt!

Eine allgemeine, neu aufgenommene Bestimmung (Artikel 188) erklärt die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich, außer mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes. Österreich muß sich ohne Zustimmung des Völkerbundes jeder Handlung enthalten, die seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt, auf welchem Wege immer, beeinträchtigt. Insbesondere hat Österreich bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes nicht an den Angelegenheiten einer anderen Macht teilzunehmen.

Bei den Absätzen über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse werden kleine Erleichterungen zugesprochen und versprochen, daß die deutsch-österreichische Republik geschont und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen erleichtert werden soll. Eine bestimmte Wiederherstellungssumme wird nicht genannt und der Reparationskommission freie Hand gegeben.

Eine besondere Schlussbestimmung legt fest, daß in allen Fällen, in denen eine besondere Vereinbarung zwischen den interessierten Staaten vorgehen ist, Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben sollten, so lange von den alliierten und assoziierten Hauptmächten geregelt werden, bis Österreich in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

Das verratene Süd-Tirol.

Silferus der Tiroler an den amerikanischen Senat. Der Bund für Süd-Tirol hat an den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington folgendes Telegramm gerichtet:

„Entgegen Punkt 9 der am 8. Januar 1918 verkündeten Grundzüge des Präsidenten Wilson, daß Italiens Grenze in Tirol bei Salurn gezogen werden müßte, unterwirft der Friedensvertrag für Deutsch-Österreich die deutschen und ladinischen Süd-Tiroler der italienischen Fremdherrschaft. 172 deutsche und ladinische Gemeinden Süd-Tirols, darunter die alten deutschen Städte Bozen, Meran und Brigen haben in jüngster Zeit zweimal feierlich gegen die gewaltsame Unterwerfung protestiert und ihr Selbstbestimmungsrecht verlangt. Trotzdem soll Tirol durch die Brennergrenze zerrissen und dadurch ein Opfer des imperialistischen Londoner Vertrages werden. Von der Pariser Konferenz nicht gehört, appellieren deutsche und ladinische Süd-Tiroler an den Gerechtigkeitsinn und die Freiheitsliebe des amerikanischen Senates.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Überwachung des deutschen Heerwesens. Die alliierte Kontrollkommission zur Überwachung der Ausföhrung des Friedensvertrages in Bezug auf Militärwesen, Luftschiffahrt und Marine ist von Paris abgefahren. Sie besteht aus 5 belgischen, 18 englischen, 1 amerikanischen, 23 französischen, 7 italienischen und 6 japanischen Offizieren; im ganzen aus 60 Offizieren, 12 Dolmetschern, 77 Soldaten und 33 Automobilen. Gegen die hohe Zahl der Kommission hat die Regierung Einspruch erhoben. Der Präsident der Kontrollkommission für Militärwesen ist General Nollet, für Luftschiffahrt General Mastermann, für Marine Admiral Charleton.

Sezession der braunschweigischen Unabhängigen. Die Unabhängigen in Braunschweig sind aus der dortigen Landesversammlung ausgetreten mit der Begründung, daß die Landesversammlung dadurch gegen den parlamentarischen Anstand verstoßen hätte, daß sie den Führer der Unabhängigen nicht habe zu Worte kommen lassen.

Ministerliche Auflösung der Waffenstillstands-Kommission. Neuerdings haben zwischen den Reichsbehörden und der Waffenstillstandskommission Verhandlungen stattgefunden, die sich auf die Überleitung größerer Arbeitsgebiete der Waffenstillstandskommission auf die demnächst damit zu betrauernden Reichsstellen bezogen. Nach Maßgabe dieser Besprechungen geht sofort das den Wiederaufbau betreffende Arbeitsgebiet unter vorläufiger Beibehaltung der bisherigen Arbeitsräume auf das Reichswirtschaftsministerium über.

Der Vatikan und die Forderungen des Proletariats. In einem Brief des Kardinalstaatssekretärs

Gaspari an das französische Episkopat erklärt jener, die proletarischen Klassen, die an dem Krieg hervorragenden Anteil genommen hätten, wollten in jedem Land den größtmöglichen Vorteil daraus ziehen. Unglücklicherweise hätten sie sich oft getäuscht und sich zu Übertreibungen hinreißen lassen, die die durch die menschliche Natur geschaffene soziale Ordnung umstießen und schließlich zum Schaden aller und nicht am wenigsten der Arbeiter und der wenig Begüterten führen würden. Das habe sich bei anderen Nationen gezeigt, die noch jüngst wohlhabend gewesen seien und jetzt zu großem Elend verdammt seien. Man wolle diese Grundzüge auf ganz Europa, selbst auf die ganze Welt ausdehnen. Die katholische Kirche sei immer dafür eingetreten, die Lebensbedingungen derer, die leiden, zu verbessern. Deshalb solle man sich auch nicht den gerechten Forderungen des Proletariats widersetzen.

Einstellung der Gfäß-Volbringer ins französische Heer. Wie über Paris gemeldet wird, werden im Oktober ungefähr 20 000 Gfäßler und Volbringer der Jahresklasse 1818/19 zum Dienst für die französische Armee einberufen werden. Diese Rekruten werden in Garnisonen an der Grenze des französischen Departements untergebracht werden. Da die meisten nicht französisch sprechen, so sollen sie durch deutsch sprechende Offiziere und Unteroffiziere ausgebildet werden. Sie werden auch Sprachunterricht erhalten.

Mandatsniederlegung. Der Bärker Karl Weidt von der Frankfurter Paulskirche hat sein Mandat als Mitglied der Nationalversammlung aus beruflichen Gründen niedergelegt. In das Mandat rückt der Amtsgerichtsrat Dr. Latmann, der nächste auf der Liste der Deutschnationalen Volkspartei, ein.

Deutsch-Österreich.

Eine monarchistische Verschwörung? Nach einer amtlichen Meldung sind bei monarchisch gesinnten Offizieren, die im Innern der Stadt wiederholt Zusammenkünfte abhielten, und bei dem Direktor der Ungarischen Filmfabrik in Budapest, Moris Wellner, der sich in Wien aufhielt und mit diesen Offizieren verkehrte, Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, wobei Schriftstücke bei Wellner gefunden wurden, aus denen hervorgeht, daß er mit dem ehemaligen ungarischen Ernährungsminister Brünzen Windisch-Gräß und dessen Anhang in der Schweiz und mit dem Obersten Emil Vidale in Verbindung steht. In einem Brief Vidales an Windisch-Gräß vom 8. 8. 1919 wird u. a. von der Anwerbung von Legionären gesprochen und die Aussichten einer monarchischen Propaganda in Ungarn und Deutsch-Österreich werden erörtert. Wellner wurde dem Landesgericht eingeliefert. Wegen Vidale, der gegenwärtig in Ungarn weilt, wird Strafanzeige erstattet.

Mexiko.

Carranza und die Monroedoktrin. In seiner Botschaft an den Kongreß erklärte Carranza, daß Mexiko in den die Ölgruben betreffenden Fragen die Monroedoktrin nicht anerkennen werde. Die Regierung sei bereit, eine vorläufige Politik zu führen, wünsche aber, die Souveränität Mexikos nicht zu opfern. Die Regierung sei in jeder Hinsicht solvent und habe die Absicht, alsbald die Abzahlung der ausländischen Schulden aufzunehmen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, der Kommunist Tiedt, wurde in militärische Schutzhaft genommen.

Koblenz. Der französische Kommandant hat in Birkenfeld widerrechtlich die gelegentliche Landesvertretung aufgelöst und eine revolutionäre französischfreundliche Regierung eingesetzt.

Saag. Aus Doorn verlautet, daß die Sachen des Kaisers in einem Zuge von 50 Wagen in der nächsten Woche nach dem Saage, das sich der Kaiser dort gekauft hat, gebracht werden sollen.

Nah und Fern.

Reichsverband alleinstehender Frauen. Unter dieser Bezeichnung hat sich eine Gemeinschaft gebildet, welche ihre Tätigkeit über das ganze Reich ausdehnen und die ideellen sowie praktischen Einrichtungen pflegen will. Der Verein will überall Ortsgruppen errichten. Ehefrauen werden als fördernde Mitglieder aufgenommen, in Ausnahmefällen auch männliche Personen.

Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel. Die in Bern zwischen Vertretern der badischen Staats-eisenbahnen und dem Schweizer politischen Departement geführten Verhandlungen über die Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel haben zu einer Einigung geführt, so daß die Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in nächster Zeit zu erwarten ist.

Kredit bei Gericht. Die Anfertigung und Aus-händigung von Abschriften und Ausfertigungen wird von Gerichtsschreibern von der vorherigen Zahlung der Kosten abhängig gemacht. Die Rechtsanwälte beklagen sich darüber, daß dieses Verfahren häufig zu erheblichen Verzögerungen und sonstigen Unzuträglichkeiten führe. Der preussische Justizminister hat deshalb die Gerichtsschreiber angewiesen, von der Verweisung, die Vorauszahlung zu verlangen, keinen Gebrauch zu machen, wenn der Antrag von einem Rechtsanwalt gestellt ist und dieser sich zur Zahlung der Kosten persönlich verpflichtet oder die persönliche Haftung für die Kosten übernommen hat.

Kein Verkauf von Westerland. Die Nachricht, daß die gesamten Badeanlagen von Westerland an ein Stockholmer Konsortium verkauft werden sollen, ist, wie die Badedirektion erklärt, unwahr. Es hätten keinerlei Verkaufsverhandlungen stattgefunden, und es bestohe auch nicht die Absicht, solche Verhandlungen einzuleiten. Das belizische Seebad Westerland wird also nicht schwedisch werden.

Mißhandlung eines Landrats durch Demonstranten. Am Dienstag zogen etwa 600 Leute aus Kaufung vor das Landratsamt in Schönau an der Rabach, um wegen der schlechten Lebensmittelversorgung eine Demonstration zu veranstalten. Als nach längeren Verhandlungen der Landrat Freiherr von Bedtz der Menge eine Lebensmittelverbesserung und eine Verringerung der hohen Breibe zusagte, wurde er von einigen Beteiligten gestoßen, geschlagen und mit Steinen bedroht, doch konnten größere Ausschreitungen verhindert werden.

Kinderreiche Mütter. Im Juni hat nach dem Bericht des Statistischen Amtes eine Frau in Berlin ihr 21. Kind geboren, eine andere ihr 16. Zwei Frauen kamen mit ihrem 14. Kinde nieder, sechs mit dem 10.

17 Frauen gebaren Zwillinge, von denen 30 Kinder lebend und vier tot geboren wurden.

Schülerstreik wegen Entfernung der Kaiserbilder. In Greifswald ist es zu einem Streik der Schüler des dortigen Gymnasiums gekommen, weil aus den Klassenräumen die Kaiserbilder entfernt worden waren. Die Schüler haben ein Protesttelegramm an den Kultusminister Königlich gerichtet, und wollen so lange im Streik verharren, bis die Antwort des Ministers eingegangen ist.

Zeitgemäße Visitenkarte. In origineller Weise hat sich der frühere sächsische Reichsratsabgeordnete Graf Sternberg, dem die Führung seines gräflichen Titels unterlagt wurde, gegen diese Maßnahme zu helfen gewußt. Um nicht mit den Bestimmungen des Erlasses über die Führung von Adelsprädikaten in Konflikt zu kommen, hat er sich Visitenkarten mit folgendem Text anfertigen lassen: „Abalbert Sternberg, aus dem Hause der Grafen Sternberg, geadelt von Karl dem Großen, entadelt von Karl Renner.“

Kein Zugangsverbot für München mehr. Das Fremdenzugangsverbot für München ist vom Minister des Innern mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben worden.

Selbsthilfe. Wie man sich im Zeitalter der Baustoffknappheit zu helfen weiß, kann man im Orte Erlenhach am Main beobachten. Ein Landwirt bemutet den lehmigen Baugrund seines Gartens, den er als Fundament ausgräbt, zur Bereitung von Backsteinen an Ort und Stelle. Schon sind viele Tausende zum Lufttrocknen im Garten aufgestapelt. Diese Steine will sich der Mann selbst brennen und das Holz hierzu im nahen Wald holen. Auf diese Weise gewinnt er den Fundamenttschacht ohne Grundstofffahren, spart den Transport der Bausteine usw. und erhält ein billiges Heim.

Aus dem Lande.

Die Kohlennot der sächsischen Industrie. Die für den Winter immer drohender werdende Kohlennot hat die den Ortsgruppen Böbeln und Roßwein des Verbandes Sächsischer Industrieller angehörenden Firmen veranlaßt, gemeinsam mit ihren Arbeitern, eine Eingabe an das sächsische Wirtschaftsministerium zu richten, in der unter ausführlichem Hinweis auf die schweren Sorgen der Industrie im Hinblick auf die ungenügende Kohlenversorgung für die kommenden Monate der dringende Appell an alle an der Kohlenförderung Beteiligten gerichtet wird, die äußerste Kraft einzusetzen, um die größtmögliche Förderung zu erzielen. Es wird von der Einsicht und dem gefundenen Sinn der in den Kohlenbergwerken beschäftigten Arbeiter erwartet, daß sie, eingedenk der Leiden, die der ständige Rückgang der Kohlenförderung für das ganze Volk bedeutet, mit aller Energie die Kohlenförderung auf das höchste Maß steigern. Die Eingabe ist von der Arbeitnehmerschaft der beteiligten Industriegruppen mit unterschrieben worden, stellt also eine bedeutungsvolle gemeinschaftliche Kundgebung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der erwähnten Bezirke dar.

Die Kriegsverluste der sächsischen Infanterie. Das Nachweisedbureau im sächsischen Ministerium für Militärwesen veröffentlicht nunmehr auch die Verlustzahlen der sächsischen Landwehr- und Reserve-Infanterie-Regimenter. Sie betragen insgesamt: Gefallen: 999 Offiziere, 4432 Unteroffiziere, 36 052 Mannschaften; Vermisste: 98 Offiziere, 1000 Unteroffiziere, 8383 Mannschaften; Vermundete: 2245 Offiziere, 12 190 Unteroffiziere, 98 546 Mannschaften; Gefangene: 182 Offiziere, 1524 Unteroffiziere und 13 519 Mannschaften. Es steht noch der Nachweis über die Gesamtverluste der Kavallerie und Artillerie aus.

Was sich die Deutsche Republik leisten kann. Unter dieser Ueberschrift teilt der „Schirmer“ folgende Zahlen mit: Der Etat der Reichsdruckerei betrug im Jahre 1918 für Vergütung, Löhne, Zagegelder usw. 4 300 000 Mk., im Jahre 1919 aber 27 600 000 Mk., das sind 23 300 000 Mk. mehr, also mehr als das Sechsfache. Für Papier betrug der Etat der Reichsdruckerei im Jahre 1918 3 300 000 Mark, im Jahre 1919 24 000 000 Mark, also 20 700 000 Mark mehr, fast das Siebenfache.

Bischofsverda. Die Reichsgetreidestelle legt den Landwirten unseres Bezirkes eine Haserabgabe auf, die, wie man hört, fast doppelt so groß ist wie im letzten Kriegsjahr. Die Amishauptmannschaft hat bereits gegen die Höhe der verlangten Ueferung Vorstellungen erhoben. Die Landwirte selbst erheben gegen die Ablieferung des Hasers schärfsten Einspruch und rufen zu diesem Zwecke eine Versammlung ein.

Chemnitz. Ein Eindbruch wurde nachts in die Pfarramtskanzlei der Johanniskirche verübt. Die Einbrecher erbeuteten Geld, eine Schreibmaschine, Abendmahlsbecher und -kelche, Kreuzfige und Leuchter.

Werdau. Die Stadtverordneten genehmigten einen Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Kollegiums, sofort einen provisorischen Rat zu wählen. Die neuen provisorischen Ratsmitglieder, fünf Stadtverordnete, bleiben bis zur endgültigen Neuwahl des Rates Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums.

Werdau. Ein Großfeuer entstand auf bisher noch ungeklärte Weise in einer der Montagewerkstätten der Sächsischen Waggonfabrik, A.-G., in Leubnitz. Da es an Wasser und Löschgerät mangelte, blieb nichts übrig, als anliegende Gebäudeteile zu entfernen und den Feuerherd dadurch zu lokalisieren. Nach einer Stunde war die größte Gefahr beseitigt.

Delsnitz i. B. Ein Birnenkrieg entstand auf dem hiesigen Wochenmarkt, da die Händler höhere Preise forderten, als die vom Ministerium festgesetzten, u. zwar mit der Begründung, daß sie selbst noch höhere Preise bezahlt hätten. Verschiedene Händler konnten das auch nachweisen. Trotzdem mußten sie zu niedrigeren Preisen verkaufen, wurden ihm die Birnen vom Publikum auf die Erde geworfen. Bei einem anderen Händler wurde gelegentlich einer Haus-suchung ein Vorrat von 10 bis 12 Zentnern ermittelt und unter großem Zuspruch der Bevölkerung zum vorgeschriebenen Preis durch Mitglieder des A.- u. S.-Rates verkauft.

Meerane. Zu der vom Rat ausgeschriebenen Stelle eines städtischen Musikdirektors haben sich genau 100 Bewerber gemeldet, unter diesen auch der frühere hiesige Stadt-Musikdirektor Maier-Nordhausen, der seine Bewerbung jedoch wieder zurückgezogen hat.